

Herrn
Oberbürgermeister
o. V. i. A.
Rathaus

Hannover, 05.07.2019

In
Den Sportausschuss
den Verwaltungsausschuss
die Ratsversammlung

Dringlichkeitsantrag

Maßnahmen zur Eindämmung von Gewaltexzessen in den städtischen Freibädern

Der Rat möge beschließen:

Beauftragung eines externen Sicherheitsdienstes für alle städtischen Freibäder, der u. a. Einlasskontrollen bei den Badegästen auf mögliche Messer, Glasflaschen vornimmt, auch soll hier im Vorfeld schon auf auffällig wirkende Badegäste geachtet und sie bei Bedarf am Einlass gehindert werden. Des Weiteren soll ein striktes Alkoholverbot in den Bädern eingeführt werden, um das Aggressions-/ und Gewaltpotential zu minimieren. Für Badegäste ab dem 16. Lebensjahr wird eine Ausweispflicht in den Bädern eingeführt, um Badegästen, die gegen die Hausordnung verstoßen und mit einem Hausverbot belegt werden, in einer zusätzlich einzurichtenden Datenbank aufzunehmen; das jeweilige Hausverbot muss konsequenterweise in ALLEN städtischen Bädern gelten (auch zur Prävention und Abschreckung, um die Hemmschwelle deutlich zu erhöhen).

Begründung:

Die bundesweit wachsende Zahl von Gewaltexzessen und tätlichen Übergriffen von Badegästen (teilweise sogar mit Glasflaschen und Messern) in den Freibädern ist erschreckend und alarmierend zugleich. Es kommt sogar häufiger zu Massenschlägereien von mehreren Gruppen untereinander, auch unbeteiligte Badegäste werden hierdurch zunehmend in Mitleidenschaft gezogen. Es ist von Seiten der Verwaltung dringender Handlungsbedarf vonnöten, da solche Zustände auch schon in einzelnen Bädern Hannovers vorkamen. Eine Zunahme von Gewaltdelikten in unseren Freibädern können und wollen wir nicht tolerieren.



Jens Böning
Fraktionsvorsitzender